7425/J
vom 22.10.2026 (XXVIII. GP)

Anfrage

der Abgeordneten Agnes-Sirkka Prammer, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Warnung von Polizeibediensteten vor mutmaßlichen russischen Nachrichtendienstmitarbeiter:innen unter diplomatischer Tarnung

BEGRÜNDUNG

Russische Nachrichtendienstaktivitäten in Österreich haben seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zugenommen und sich heuer laut Medienberichten nochmals verschärft. Heimische Kasernen sollen eine Rekordzahl an Ausspähversuchen verzeichnen.[1] Laut Verfassungsschutzbericht 2025 wurden im Berichtsjahr 16 Personen wegen Spionageverdachts ausgeforscht und 27 Spionagehandlungen angezeigt.[2] Im Mai 2026 hat Österreich drei Mitarbeiter:innen der russischen Botschaft ausgewiesen, die verdächtigt werden, über Antennenanlagen auf den Dächern russischer diplomatischer Liegenschaften in Wien Spionage betrieben zu haben.[3]

Wie viele offene Fragen rund um die russische Botschaft in der Reisnerstraße bestehen, zeigte zuletzt ein monatelanges Störgeräusch: Nachdem sich Anrainer:innen bereits seit Mai 2026 beschwert hatten, ergab eine Messung der Wiener Baupolizei im September 2026 eine ganztägige Überschreitung des maßgeblichen Basispegels; der Gesundheitsdienst der Stadt Wien stellte eine Gesundheitsgefährdung der Betroffenen fest. Als Quelle wurden laut Medienberichten zwei Dachventilatoren auf dem Botschaftsgebäude Reisnerstraße 45 identifiziert. Das Botschaftsteam soll gegenüber der APA angegeben haben, keinerlei Lärm wahrzunehmen.[4] Kurz nach Bekanntwerden der Messergebnisse verstummte das Geräusch. Laut Beobachtungen von Anrainer:innen soll ausgerechnet auf dem Dach dieses Gebäudes vor einigen Jahren in großem Ausmaß Elektronik eingebaut worden sein; Luftbilder zeigen eine auffällige Dachverkleidung von rund 20 Quadratmetern.[5]

Mitte August 2026 hat das Bundesministerium für Landesverteidigung alle Soldat:innen, auch jene der Miliz, per E-Mail vor russischer Spionagetätigkeit gewarnt. Die Nachricht soll Namen und Fotos von 21 in Österreich tätigen Personen – unter anderem Mitarbeiter:innen der russischen Botschaft – enthalten haben, die für russische Nachrichtendienste tätig sein

---

[1] Siobhán Geets, „Russische Agenten in Wien: Lizenz zum Bleiben", profil, 23.09.2026, https://www.profil.at/ausland/russische-agenten-in-wien-lizenz-zum-bleiben/403191536.

[2] Bundesministerium für Inneres, „Verfassungsschutzbericht 2025", in: Öffentliche Sicherheit 7-8/2026, S. 6–9, https://www.bmi.gv.at/magazinfiles/2026/07_08/01_verfassungsschutzbericht_2025.pdf.

[3] „Spionageverdacht: Österreich weist russische Diplomaten aus", euronews, 04.05.2026, https://de.euronews.com/my-europe/2026/05/04/spionageverdacht-osterreich-russische-diplomaten.

[4] „Lärm bei Botschaft ‚gesundheitsgefährdend'", wien.ORF.at, 11.09.2026, https://wien.orf.at/stories/3370754/.

[5] „Geräusch bei russischer Botschaft in Wien verschwunden", ORF.at, 13.09.2026, https://orf.at/stories/3442036/.

sollen. Die Empfänger:innen wurden ersucht, Bekanntschaften oder Kontaktaufnahmen über die Meldestelle Spionage dem Abwehramt zu melden.[6] Verteidigungsministerin Tanner begründete den Schritt mit der Sorge vor Ausspähung und direkter Kontaktaufnahme mit Heeresangehörigen.[7] Zusätzlich soll das Schreiben eine Liste von Indikatoren enthalten haben, die auf eine mögliche nachrichtendienstliche Anwerbung hindeuten – gegliedert nach den Phasen Ansprache, Anbahnung, Kultivierung und Zusammenarbeit.[8] Ausweisungen sind bislang ausgeblieben. Das Außenministerium verweist darauf, dass es den Diensten obliege, der Angelegenheit nachzugehen.[9]

Ob auch Bedienstete des Innenressorts (z.B. Polizist:innen, Bedienstete der DSN und der Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung sowie Verwaltungspersonal) eine vergleichbare Warnung erhalten haben, ist öffentlich nicht bekannt. Aus dem Staatsschutz hieß es lediglich, man sensibilisiere die Mitarbeiter:innen „laufend".[10] Dabei sind Polizeibedienstete ein naheliegendes Ziel: Sie haben Zugriff auf sensible Datenbanken, Kenntnis von Einsätzen und Ermittlungen und sind nicht zuletzt selbst für den Schutz diplomatischer Vertretungen und kritischer Einrichtungen zuständig.

Der Rechnungshof hat im Juni 2026 festgehalten, dass Bedienstete des Innenministeriums zur Spionageprävention unterwiesen und fortgebildet werden, das Schutzniveau aber nur durch regelmäßige Kontrollen aufrechterhalten werden kann. Zugleich bemängelte er, dass Verwaltungspersonal mit umfangreichen Einblicken in sensible Bereiche des Verfassungsschutzes keine Vertrauenswürdigkeitsprüfung durchlaufen muss, und empfahl eine entsprechende gesetzliche Regelung.[11]

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

---

[6] „Bundesheer warnt Soldaten vor Kontaktaufnahme durch 21 mutmaßliche Kreml-Agenten", derStandard.at, August 2026, https://www.derstandard.at/story/3000000335435/bundesheer-warnt-soldaten-vor-kontaktaufnahme-durch-21-mutmassliche-kreml-agenten.

[7] „Bundesheer warnt Soldaten vor russischer Spionage", ORF.at, 13.08.2026, https://orf.at/stories/3439083/.

[8] Michael Rauhofer-Redl, „Bundesheer warnt: So will Putin Österreich infiltrieren", Heute, 14.08.2026, https://www.heute.at/s/bundesheer-warnt-so-will-putin-oesterreich-infiltrieren-120237772.

[9] Siobhán Geets, „Russische Agenten in Wien: Lizenz zum Bleiben", profil, 23.09.2026, https://www.profil.at/ausland/russische-agenten-in-wien-lizenz-zum-bleiben/403191536.

[10] Iris Bonavida, „Wer hat diese 15 Verdächtigen gesehen? Bundesheer warnt vor möglichen Russland-Spionen", Salzburger Nachrichten, 13.08.2026, https://www.sn.at/politik/innenpolitik/wer-hat-diese-15-verdaechtigen-gesehen-bundesheer-warnt-vor-moeglichen-russland-spionen-art-667448.

[11] Rechnungshof Österreich, Presseinformation zum Bericht „IKS-Elemente der Spionageprävention im Innenministerium, Verteidigungsministerium und Außenministerium", 05.06.2026, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/fragen-medien/Presseinformation-IKS-Spionagepraevention_05.06.2026.pdf.

ANFRAGE

1) Ist Ihnen bzw. Ihrem Ressort die im August 2026 vom Bundesministerium für Landesverteidigung an alle Soldat:innen versandte Warnung vor mutmaßlichen russischen Nachrichtendienstmitarbeiter:innen bekannt?
   a. Falls ja: Seit wann ist sie Ihrem Ressort bekannt?
   b. Wurde Ihr Ressort, insbesondere die DSN, vom Bundesministerium für Landesverteidigung vor dem Versand der Warnung informiert?
   c. Falls ja: Wann, durch welche Stelle und in welcher Form erfolgte diese Information?
   d. Falls nein: Aus welchen Gründen ist Ihrer Kenntnis nach keine vorherige Information erfolgt?
   e. War die DSN an der Erstellung der in der Warnung enthaltenen Namensliste beteiligt?

2) Haben Bedienstete Ihres Ressorts eine vergleichbare Mitteilung mit Namen und/oder Lichtbildern der in der Warnung des Bundesheeres genannten Personen erhalten?
   a. Falls ja: Wann wurde diese Mitteilung versandt?
   b. Falls ja: Welcher Personenkreis wurde adressiert (bitte aufgeschlüsselt nach Exekutivbediensteten der Landespolizeidirektionen, Bundeskriminalamt, DSN, Landesämtern Staatsschutz und Extremismusbekämpfung, Einsatzkommando Cobra/Direktion für Spezialeinheiten, Zentralleitung und Verwaltungspersonal)?
   c. Falls ja: Wie viele Bedienstete haben die Mitteilung insgesamt erhalten?
   d. Falls ja: Über welchen Kanal erfolgte die Mitteilung (E-Mail, Erlass, Dienstbesprechung, Intranet o. Ä.)?
   e. Falls ja: Welche Stelle hat die Versendung angeordnet?
   f. Falls ja: Ist die Liste deckungsgleich mit jener des Bundesministeriums für Landesverteidigung? Falls nicht deckungsgleich: Worin unterscheidet sie sich?
   g. Falls nein: Aus welchen Gründen wurde keine vergleichbare Mitteilung an die Bediensteten Ihres Ressorts versandt?
   h. Falls nein: Wurde eine solche Mitteilung in Ihrem Ressort erwogen? Wenn ja, von welcher Stelle, wann und mit welchem Ergebnis?

3) Haben Bedienstete Ihres Ressorts eine Übersicht über Indikatoren nachrichtendienstlicher Anwerbung erhalten, die mit der vom Bundesheer versandten Indikatorenliste (Ansprache, Anbahnung, Kultivierung, Zusammenarbeit) vergleichbar ist?
   a. Falls ja: Wann, an welchen Personenkreis und in welcher Form?
   b. Falls ja: Wird diese Übersicht regelmäßig aktualisiert? Wenn ja, in welchen Abständen?
   c. Falls nein: Aus welchen Gründen nicht?

4) Werden Sie Bedienstete Ihres Ressorts, insbesondere die Exekutive, künftig in vergleichbarer Weise wie das Bundesheer über konkrete Personen warnen, die im Verdacht stehen, unter diplomatischer Tarnung für fremde Nachrichtendienste tätig zu sein?
   a. Falls ja: Bis wann und in welcher Form?
   b. Falls nein: Warum nicht?

5) Gibt es in Ihrem Ressort eine der „Meldestelle Spionage" des Bundesministeriums für Landesverteidigung vergleichbare interne Stelle, an die Bedienstete Anwerbungs- oder Kontaktversuche fremder Nachrichtendienste melden können?
   a. Falls ja: Wo ist diese Stelle organisatorisch angesiedelt und seit wann besteht sie?
   b. Falls ja: Wie viele Meldungen sind dort in den Jahren 2022 bis 2026 eingegangen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
   c. Falls ja: Wie viele dieser Meldungen betrafen mutmaßlich russische Nachrichtendienste?
   d. Falls ja: Wie viele dieser Meldungen führten zu Ermittlungen bzw. Anzeigen?
   e. Falls nein: Aus welchen Gründen gibt es keine solche Stelle?
   f. Besteht eine dienstrechtliche Pflicht der Bediensteten Ihres Ressorts, Kontaktaufnahmen durch Angehörige ausländischer Vertretungsbehörden bzw. Verdachtsmomente einer Anwerbung zu melden? Wenn ja, wo ist diese geregelt?

6) Sind Ihrem Ressort seit 2022 Fälle bekannt, in denen Bedienstete Ihres Ressorts von Angehörigen russischer Vertretungsbehörden oder von russischen Staatsangehörigen, die bei internationalen Organisationen in Wien tätig sind, mit mutmaßlich nachrichtendienstlichem Hintergrund kontaktiert wurden?
   a. Wenn ja: Wie viele Fälle waren es (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
   b. Wie viele dieser Kontaktaufnahmen erfolgten dienstlich, wie viele außerdienstlich?
   c. Wie viele dieser Fälle betrafen die in der Warnung des Bundesheeres genannten Personen?
   d. Welche dienstrechtlichen, sicherheitspolizeilichen oder strafrechtlichen Konsequenzen hatten diese Fälle?

7) Hat das Bundesministerium für Landesverteidigung bzw. das Abwehramt der DSN Meldungen übermittelt, die nach dem Versand der Warnung eingegangen sind?
   a. Falls ja: Wie viele Meldungen wurden übermittelt?
   b. Falls ja: Wie viele davon wurden von der DSN als relevant eingestuft?
   c. Falls nein: Aus welchen Gründen erfolgte keine Übermittlung?
   d. Wie viele Meldungen von Zivilpersonen zu den in der Warnung genannten Personen sind seit August 2026 bei der DSN eingegangen?

8) Hat die DSN eigene Erhebungen zu den in der Warnung des Bundesheeres genannten Personen durchgeführt bzw. führt sie solche durch?

a. Falls ja: Seit wann?
b. Falls ja: Hat die DSN dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Erkenntnisse übermittelt, die als Grundlage für eine Erklärung zur Persona non grata dienen können?
c. Falls ja: Wann und betreffend wie viele Personen?
d. Falls nein: Aus welchen Gründen nicht?
e. Falls keine eigenen Erhebungen durchgeführt werden: Warum nicht, und welche Stelle ist aus Sicht Ihres Ressorts dafür zuständig?

9) Gibt es verpflichtende Schulungen für Bedienstete Ihres Ressorts zur Erkennung von und zum Umgang mit Anwerbungsversuchen fremder Nachrichtendienste?
   a. Falls ja: Welche Inhalte umfassen diese Schulungen?
   b. Falls ja: In welchem Umfang (Unterrichtseinheiten) ist das Thema in der polizeilichen Grundausbildung verankert?
   c. Falls ja: Gibt es verpflichtende Fortbildungen? Wenn ja, in welchen Intervallen?
   d. Falls ja: Welche Stelle konzipiert und führt diese Schulungen durch (z.B. DSN, Sicherheitsakademie)?
   e. Falls ja: Wie viele Bedienstete haben in den Jahren 2022 bis 2026 an solchen Schulungen teilgenommen (bitte nach Jahren und Organisationseinheiten aufschlüsseln)?
   f. Falls nein: Aus welchen Gründen gibt es keine verpflichtenden Schulungen?
   g. Falls nein: Welche freiwilligen Angebote bestehen, und wie viele Bedienstete haben diese in den Jahren 2022 bis 2026 in Anspruch genommen?

10) Wurden die Schulungsinhalte zur Spionageprävention seit Februar 2022 an die veränderte Bedrohungslage angepasst?
   a. Falls ja: Wann und in welcher Hinsicht?
   b. Werden insbesondere Anwerbungen durch Nachrichtendienstmit-arbeiter:innen unter diplomatischer Tarnung, Anbahnungen über soziale Netzwerke sowie der Einsatz sogenannter Low-Level-Agent:innen behandelt?
   c. Falls nein: Warum nicht, und ist eine Anpassung geplant?

11) Gibt es spezifische Schulungen für jene Bediensteten, die Zugriff auf sensible Datenbanken haben bzw. im Objektschutz diplomatischer Vertretungen eingesetzt sind?
   a. Falls ja: Welche Inhalte umfassen diese, und wie viele Bedienstete haben sie in den Jahren 2022 bis 2026 absolviert?
   b. Falls nein: Warum nicht?

12) Werden Sie die Empfehlung des Rechnungshofs umsetzen, eine gesetzliche Regelung zu initiieren, die Verwaltungspersonal mit Einblick in die sensible Tätigkeit des Verfassungsschutzes in die Vertrauenswürdigkeitsprüfung einbezieht?
   a. Falls ja: Bis wann werden Sie einen entsprechenden Entwurf vorlegen?
   b. Falls nein: Warum nicht?

13) Hat die DSN die technischen Einbauten am Dach des Botschaftsgebäudes Reisnerstraße 45 bzw. das im Jahr 2026 festgestellte Störgeräusch einer sicherheitspolizeilichen bzw. nachrichtendienstlichen Bewertung unterzogen?
   a. Falls ja: Wann und mit welchem Ergebnis (soweit ohne Gefährdung laufender Ermittlungen darstellbar)?
   b. Falls nein: Warum nicht?
   c. Gab es dazu eine Abstimmung zwischen DSN und den zuständigen Stellen der Stadt Wien bzw. dem Außenministerium?

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-22T16:18:58+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	